



Das
Bundesarchiv



Erhalten, erschließen, vermitteln.



Stiftung Archiv der Parteien und
Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

1. Vortrag des Jahres 2008
der gemeinsamen Vortrags-
reihe des Förderkreises Ar-
chive und Bibliotheken zur
Geschichte der Arbeiterbe-
wegung, der Johannes-
Sassenbach-Gesellschaft
und der Stiftung Archiv der
Parteien und Massenorgani-
sationen der DDR im Bun-
desarchiv

Prof. Dr. Manfred Wilke

Der Prager Frühling 1968 – Die Intervention begann am 23. März 1968 in Dresden

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 13. März 2008,
um 18:00 Uhr im Bundesarchiv Berlin, Finckensteinallee 63, 12205 Berlin
Haus 912 (Casino), 1. OG statt

Prof. Dr. Manfred Wilke

**Die SED und der Prager Frühling: die Konfrontationen begann in
Dresden**

Vortrag im Bundesarchiv am 13. März 2008 in Berlin

1. Wahrnehmungsprobleme der SED-Politik nach 1989

Im Gedächtnis blieben vom „Prager Frühling“ vor allem die Bilder seines gewaltsamen Endes. Unauslöschlich die Konfrontation sowjetischer Panzer auf dem Prager Wenzelsplatz mit den von Angst, Wut und Verzweiflung gezeichneten Gesichtern demonstrierender Tschechen. Ihren Protest gegen die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts ihres Volkes verbreiteten die Fernsehstationen weltweit – mit Ausnahme des Deutschen Fernsehfunks. In der DDR selbst hatte die SED in der öffentlichen Propaganda den Eindruck erweckt, auch die Nationale Volksarmee habe sich an der Besetzung der ČSSR beteiligt. Nach dem Sturz der SED-Herrschaft beeilte sich die Volkskammer der DDR am 1. Dezember 1989, sich für die „Beteiligung der DDR an militärischen Aktionen von Staaten des Warschauer Vertrages“ im August 1968 bei den Völkern der ČSSR ausdrücklich zu entschuldigen. Diese vor allem medial erzeugte Verkürzung verdeckte jahrelang die Rezeption der SED-Politik gegen die tschechoslowakischen Reformer. Die NVA war eine „reine Koalitionsarmee“, ihre Einsatzbefehle bekam sie damals vom Oberkommandierenden der vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, d.h. vom sowjetischen Generalstab. Heute steht fest, dass die NVA nicht mit geschlossenen Kampfverbänden 1968 in die ČSSR einmarschierte. Die beiden mobilisierten NVA-Divisionen lagen an der tschechischen Grenze in Bereitschaft und die Südbezirke der DDR waren seit Mitte Juli militärisches Sperrgebiet, in ihm wurde ein Großteil der sowjetischen Truppen, die am 20. August die Grenze überschritten konzentriert. 2008 schreibt Hans Modrow nun Walter Ulbricht das Verdienst zu, „dass auch nur ein deutscher

Soldat die Grenze überschritt.“ Die neuere Forschung gestützt auf die Öffnung russischer Archive kommt zu einem anderen Ergebnis. Nicht Ulbricht traf die Entscheidung, dass deutsche Soldaten die tschechoslowakische Grenze nicht nach 1938 erneut überschritten, dies wurde durch die sowjetische Führung angeordnet. Die Interventionstruppen wurden schließlich vom sowjetischen Verteidigungsminister Marschall Gretschkow befehligt.

Die Fixierung auf den militärischen Gewaltakt hat die Erinnerung an die politischen Ziele der Okkupation aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt, die von der SED mitgetragen und mitformuliert wurden: Das Ende der Reformpolitik und die Restauration des Machtmonopols der kommunistischen Partei.

2. Die Konfrontation begann in Dresden am 23. März 1968 – die fünf Phasen der Interventionspolitik

Eine Analyse der SED-Politik gegen die Prager Reformer muss damit beginnen, wie die SED den Reformprozess selbst wahrnahm. Die von der KPČ ausgehenden Reformprozesse in der Tschechoslowakei überraschten die SED. Ihre Politik entwickelte sich ebenso wie die der KPdSU als reaktiver Prozess auf den Fortgang der Reformen im Nachbarland.

Die Führung der SED war aktiver Teilnehmer an mehreren offiziellen, geheimen Treffen der Parteichefs der regierenden kommunistischen Parteien mit und ohne die KPČ zwischen März und September 1968. Ihr Erster Sekretär Walter Ulbricht handelte immer mit Blick auf die sowjetische Linie und die Moskauer Entscheidungen, denen er folgte. Seine Politik kann in fünf Phasen untergliedert werden, die hier nicht alle detailliert behandelt werden können, ein knapper Überblick muss genügen.

Die erste Phase umfasst den Zeitraum Januar bis März 1968. In ihr bildete sich die SED-Führung ein erstes Urteil über die Folgen der Ablösung von Antonín Novotný durch Alexander Dubček an der Spitze der KPČ. In Vorbereitung auf

das Dresdener Treffen der Partei- und Staatschefs der sozialistischen Staaten am 23. März nahm die SED eine erste Lageeinschätzung vor. Wichtige Bausteine für das Bild über die Ereignisse in der ČSSR das im ZK-Apparat der SED entstand, waren die Informationen des DDR-Botschafters in Prag, Peter Florin. Er schlug im März nach der Aufhebung der Zensur und der Ablösung vieler Kader aus ihren Funktionen Alarm: „Die Aktivität der oppositionellen Kräfte hat sich in den letzten Tagen verstärkt und erhält zunehmend offen konterrevolutionäre Züge“. Weiter berichtete er, die Presse sei weitgehend in gegnerischer Hand und die Medien würden zu Organisatoren der Konterrevolution. Dies sei möglich durch die Entwicklung in der KPČ seit dem Januar-Plenum, der den Führungswechsel an der Spitze der Partei gebracht hatte. Florin, ein Moskau-Kader der KPD von 1945, ließ bei der Suche nach den Ursachen für diese Entwicklung die Verschwörungskonstruktionen der stalinistischen Schauprozesse der dreißiger Jahre wiederaufleben. Für ihn existierten in der Führung der KPČ ein offenes und ein illegales Zentrum, von denen aus dieser konterrevolutionäre Prozess gesteuert wurde. Die Botschaft war klar: die Parteiführung war in sich gespalten und konnte ihre Führungsaufgabe in der Partei nicht mehr ausüben. Bei dem illegalen Zentrum, dessen personelle Zusammensetzung ihm noch unbekannt war, ging er davon aus, dass dieses Zentrum Kontakte zu ausländischen Organen, im Klartext zu westlichen Geheimdiensten unterhielt. Das offene Zentrum bestand für ihn aus den Reformern: Ota Sik, verantwortlich für die geplanten Wirtschaftsreformen, Eduard Goldstücker, dem Germanisten und neu gewählten Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes, Jiří Pelikán, dem Direktor des tschechoslowakischen Fernsehens und dem Schriftsteller Pavel Kohout, der 1967 aus der KPČ ausgeschlossen worden war, weil er auf dem IV. Schriftstellerkongress Alexander Solschenizyns briefliche Forderung nach Aufhebung der Zensur verlesen hatte.

Die Konsequenz aus diesen Informationen zog Hermann Axen, ZK-Sekretär, am 21. März vor dem SED-Zentralkomitee: Die oppositionellen Kräfte versuchten

über eine ständige „Fehlerdiskussion“ und die Ablösung führender Funktionäre „Zug um Zug zu einer Änderung der Linie der Partei zu gelangen“. Die Entwicklung der KPCĚ hing also letztlich an Kaderfragen. Das Schlüsselwort „Demokratisierung“ der Prager Reformer war für die SED ein Synonym für einen konterrevolutionären Umschwung, den es im Interesse der DDR und des sozialistischen Lagers zu verhindern galt. Damit war das Ziel der Interventionspolitik der SED bereits festgelegt, es stimmte mit dem der KPdSU überein: die Reformen mussten beendet werden, um das Machtmonopol der KPCĚ zu restaurieren. Die erste Phase endete am 23. März in Dresden mit der ersten von fünf internationalen Konferenzen vor dem 21. August, zu denen die Partei- und Staatsführungen Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der UdSSR zusammenkamen. Nach Dresden wurde auch die Führung der KPCĚ eingeladen. Über den Charakter dieser Zusammenkunft wurde sie allerdings getäuscht, die Tschechoslowaken glaubten, zu einer Wirtschaftskonferenz zu fahren, und erlebten stattdessen ein Tribunal. Leonid I. Breschnew erklärte zu Beginn der Konferenz, die Fragen die zur Debatte standen, seien viel zu ernst, um sie zu protokollieren. Entgegen der Weisung des KPdSU-Generalsekretärs hat die SED mitgeschrieben. Die Konfrontation gegen den Kurs der Prager Reformer begann in Dresden. Unvorbereitet musste Alexander Dubĉek die Politik seiner Partei erläutern und sich dann von Breschnew nicht nur fragen lassen, was er unter „Liberalisierung der Gesellschaft“ verstehe, sondern er musste sich auch den Vorwurf anhören, dass in der ČSSR die Gefahr einer Konterrevolution bestehe. Der polnische Parteichef Władisław Gomułka wurde gegenüber Dubĉek deutlich: „Wir sehen alle Gefahren, die realen Gefahren, die vor der tschechoslowakischen Partei, vor dem tschechoslowakischen Volk stehen, und wir sind der Auffassung, dass es heute noch möglich ist, diesen Gefahren zu begegnen, ich würde sagen, auf friedlichem Wege zu begegnen, allerdings mit einer energischen Gegenoffensive, die unserer Meinung nach die Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gegen die konterrevolutionären Kräfte, gegen die reaktio-

nären Kräfte unternehmen müsste, die sich gezeigt haben und in großem Maßstab in der Tschechoslowakei am Werke sind.“ Breschnew forderte von Dubček, die Restauration des Machtmonopols der KPČ durchzusetzen. Die KPdSU betrachtete die Vorgänge in der ČSSR nicht als „Experiment“, sondern als „durchdachtes Vorhaben“ – also als einen gewollten Systemwechsel: „Wir haben die Vollmachten unseres Politbüros, Ihnen, die Sie hier anwesend sind, die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, dass Sie an der Spitze in der Lage sein werden, die Ereignisse zu ändern und die sehr gefährliche Entwicklung zu verhindern. Wir sind bereit, Ihnen moralische, politische und demokratische Hilfe zu geben. Ich wäre sehr froh und glücklich – und unsere Partei wäre es auch –, wenn ich gleichzeitig auch die Unterstützung aller anderen Parteien, die hier anwesend sind, zum Ausdruck bringen könnte.“ Drohend merkte er an: „Wenn das aber nicht möglich ist oder wenn Sie das als falsch betrachten, dann können wir trotzdem gegenüber der Entwicklung in der Tschechoslowakei nicht teilnahmslos bleiben. Wir sind miteinander verbunden durch Bande der Freundschaft, durch Verpflichtungen internationalistischer Art, durch die Sicherheit der sozialistischen Länder, durch die Sicherheit unserer Staaten.“

Das politische Ziel gegenüber der KPČ war formuliert: Die KPČ sollte ihr Machtmonopol in der Tschechoslowakei behaupten und die „Konterrevolution“ aus eigener Kraft niederschlagen. Über das Dresdener Treffen wurde Stillschweigen vereinbart, an das sich vor allem Dubček selbst hielt, er ließ seine eigene Parteiführung im Unklaren über die sowjetischen Forderungen.

Die zweite Phase von April bis Mitte Juli begann mit dem April-Plenum des ZK der KPČ. Das Zentralkomitee beschloss ein Aktionsprogramm und veränderte durch Wahlen die Zusammensetzung der Parteiführung zu Gunsten der Reformer. Der tschechische Historiker Václav Kural bezeichnete das Aktionsprogramm als ersten Entwurf für den Übergang vom Sozialismus sowjetischen Typs zu einem demokratischen Sozialismus. Diese Konzeption war nur zu reali-

sieren durch die Demokratisierung der KPČ und der Reaktivierung der gesetzgeberischen und exekutiven Machtzentren des Staates. Der SED-Apparat kam in einer internen Analyse für das Politbüro zum Ergebnis, das Aktionsprogramm sei kein Programm einer marxistischen-leninistischen Partei und als solche würde sich die KPČ auch nicht mehr darstellen. Das Programm wurde in der DDR weder veröffentlicht noch in der Presse kommentiert.

Ende April informierte die bulgarische Parteiführung die Teilnehmer der Dresdner Konferenz über die Ergebnisse ihrer Reise in die ČSSR. Die Bulgaren hatten ebenso wie Florin zwei revisionistische Zentren an der Spitze der KPČ gefunden und betonten nun, der konterrevolutionäre Prozess gehe weiter. Ulbricht stimmte diesem Befund zu und forderte ein zweites Treffen. Es fand im Mai in Moskau statt, nachdem zuvor die KPdSU bilateral mit der KPČ verhandelt hatte. Das wichtigste Ergebnis dieser Verhandlungen war die Zustimmung der Prager Führung zur Durchführung von Manövern der Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei. Ulbricht begrüßte in Moskau ausdrücklich die Demonstrationen militärischer Stärke, die Manöver sollten vor allem nahe der westdeutschen Grenze stattfinden. Er schlug weiter vor, die „gesunden Kräfte“ in der KPČ stärker von außen in ihrem innerparteilichen Kampf zu unterstützen.

In der dritten Phase von Mitte Juli bis Anfang August liefen bereits die militärpolitischen und operativen Vorbereitungen der Besetzung der ČSSR. Die Würfel für diese Intervention fielen am 15. Juli auf der von der KPdSU einberufenen Konferenz mit den vier anderen Parteien in Warschau. Die KPČ hatte die Teilnahme verweigert. Die fünf Parteien sandten einen gemeinsamen Brief an die KPČ, indem sie ultimativ eine Kurskorrektur forderten. Der Führung unter Dubček trauten sie intern schon nicht mehr die dafür nötige Kraft zu. Der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow forderte als Voraussetzung für den Sieg über

die „Konterrevolution“ die Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Paktes, dem widersprach kein anderer Parteiführer in Warschau. Das ZK der KPdSU beschloss am 17. Juli die Hilfsaktion für den Sozialismus in der ČSSR. Bevor aber im Politbüro der KPdSU die endgültige Entscheidung zur Intervention fiel, sollte mit Dubček und der Führung der KPC̣ noch eine „politische Lösung“ gesucht werden, und zwar auf Basis der Dresdener Forderungen.

Es kam zu bilateralen Verhandlungen an der tschechoslowakisch-sowjetischen Grenze und zur Konferenz der „Warschauer Fünf“ mit der KPC̣ in Pressburg am 3. August. Hier wurde der letzte Formelkompromiss zwischen den beteiligten Parteien vor der Besetzung der ČSSR formuliert, dessen angeblicher Bruch durch Dubček von sowjetischer Seite benutzt wurde, um den Einmarsch zu rechtfertigen. Moskau benötigte Zeit, um den bürokratischen Putsch zu organisieren, der parallel zum Truppeneinmarsch im Präsidium der KPC̣ erfolgen sollte. In Pressburg übergab Vasil Bilak der sowjetischen Delegation den berüchtigt gewordenen „Einladungsbrief der gesunden Kräfte“ der KPC̣ für die „kollektive Hilfsaktion“ der fünf Interventionsstaaten.

In der vierten Phase wurde die militärische Intervention der „Warschauer Fünf“ gegen die ČSSR durchgeführt, die mit den Manövern ab Mai vorbereitet wurde und deren militärische Vorbereitung am 30. Juli abgeschlossen war. Die Entscheidung, sie durchzuführen, fiel am 17. August im Politbüro der KPdSU. In der Nacht vom 20. zum 21. August wurde das Land besetzt.

Die fünfte Phase schließlich begann am 21. August 1968 und erstreckte sich bis zum Dezember 1970, als die KPC̣ unter Führung von Gustav Husak die „Normalisierung“ in der ČSSR für abgeschlossen erklärte. Die SED, die von ihr angeleiteten Massenorganisationen und Dienststellen der DDR leisteten direkte und indirekte „Hilfe“ bei der Säuberung der KPC̣ von Reformanhängern und bei der Restauration des Machtmonopols der kommunistischen Partei.

3. Die deutschlandpolitische Spezifik des SED-Kurses

Die Konfrontation der SED mit dem Prager Reformprozess lässt in Ulbrichts Handeln die nationalen Besonderheiten der DDR im sowjetischen Bündnissystem deutlich hervortreten. Konfrontiert mit der Teilung Deutschlands in zwei Staaten, mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen und ihrer immer noch ausstehenden Anerkennung als legitimer deutscher Teilstaat durch die Bundesrepublik, bedurfte die SED des besonderen sowjetischen Schutzes. Die Staatsräson der DDR war somit geprägt durch den innerdeutschen Systemwettbewerb und ihre Abhängigkeit vom sowjetischen Schutz. Diese Staatsräson der DDR, genauer ihrer Staatspartei, zeigte sich deutlich in der Reaktion der SED auf den Reformprozess in der ČSSR, in dem die nationale Souveränität in der Außenpolitik eine große Rolle spielte. Ulbricht attackierte vehement die Vorstellung von einer eigenständigen Außenpolitik der ČSSR, sie war für ihn ein Indiz für den drohenden Systemwechsel im Nachbarland. Die SED folgte einerseits der Führungsmacht, und andererseits artikulierte sie ihre eigenen Interessen. Aktuell ging es damals um die Abwehr der neuen Ostpolitik der Bundesrepublik. Dieses Ziel verknüpfte Walter Ulbricht mit seinem Urteil über die Entwicklung der KPČ, die sich für ihn als Prozess der „Sozialdemokratisierung“ darstellte, an dem die SPD ihren Anteil hatte.

Ulbricht beschwor immer wieder die Gefahr einer Allianz zwischen einer reformierten ČSSR und der Bundesrepublik zum Schaden der DDR. Er hatte durchaus plausible Gründe, den tschechoslowakischen Reformprozess mit der neuen Ostpolitik der Bundesregierung und namentlich den Intentionen der Sozialdemokraten zu verknüpfen; diente diese Argumentation doch tatsächlich der deutschlandpolitischen Interessenlage der SED. Egon Bahrs These vom „Wandel“ der Verhältnisse im sozialistischen Lager durch eine Politik der Anerkennung der Realitäten schien sich in Prag zu bewahrheiten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten war seitens der Bundesrepublik der strategische Ansatz für diese neue Ostpolitik nach dem Mauerbau. Die Regelung

des Status Quo der Teilung verdrängte die deutsche Frage von der Agenda der internationalen Politik. Die 1955 im Anschluss an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion von der Regierung Konrad Adenauer formulierte Hallstein-Doktrin, nach der die Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR als „unfreundlichen Akt“ wertete und mit Sanktionen belegte, hatte ihren Sinn verloren. Bahrs Formel vom „Wandel durch Annäherung“ befreite die Bundesrepublik aus der Gefahr einer internationalen Selbstisolation.

Die Prager Reformer wollten zur Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufnehmen. Aber aus der Interessenlage der SED war eine solche Annäherung eine Bedrohung. Diese Furcht wurde verstärkt durch die Resonanz, die die Prager Reformpolitik in den Medien Westdeutschlands fand. Über Fernsehen und Radio wurden die Positionen tschechischer Schriftsteller und Politiker in der DDR bekannt, die die Zensur der SED unterdrückte. Die Vorgänge in Prag erschienen Ulbricht und seinem Apparat nur als Generalprobe dieser neuen Ostpolitik, die sich nach seiner Auffassung im Kern gegen die Existenz der DDR richtete. „Wandel durch Annäherung“ konnte in einem sozialistischen Staat nur bedeuten, dass das Machtmonopol der Kommunistischen Partei bedroht wurde. Eine bewusste Förderung von „revisionistischen Kräften“ im sozialistischen Lager durch die Bundesrepublik konnte sich als Instrument zum Sturz der sozialistischen Ordnungen von innen über die „Sozialdemokratisierung“ der regierenden kommunistischen Parteien führen. Genau dieses Ziel schienen die Prager Reformer anzustreben.

Ulbricht erläuterte seinem Zentralkomitee vor Dresden die politischen Intentionen der neuen, von der SPD propagierten Ostpolitik. Er sah in ihr eine Strategie der Aufweichung der sozialistischen Länder mit neuen Methoden und Formen. Dieses Ziel wurde verdeckt durch die Forderung nach Sicherheit in Europa. Das eigentliche Ziel der SPD markiere die Hauptdifferenzen der SED mit den Sozialdemokraten: „Wir müssen uns doch darüber im Klaren sein, daß das Wesen

der Politik der sozialdemokratischen Führung darin besteht, Wege des Eindringens in die DDR zu finden, die DDR von innen aufzurollen, um das westdeutsche System des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit seiner Bundeswehr auf ganz Deutschland zu übertragen. Das ist der Hauptpunkt der Differenzen mit der sozialdemokratischen Führung“. Auf den internationalen Treffen stellte Ulbricht immer wieder einen direkten Zusammenhang zwischen der Regierungspolitik der Bundesrepublik und den Ereignissen in der ČSSR her. Damit beantwortete er zugleich Breschnews Frage in Dresden, was unter „Liberalisierung“ zu verstehen sei. Ulbricht: „Die gegenwärtige Hauptlosung der herrschenden Kreise Westdeutschlands und der sozialdemokratischen Minister ist die Liberalisierung der sozialistischen Länder und vor allen Dingen die Losung der absoluten Freiheit der Presse, des Rundfunks, ... als Mittel der Organisation für reaktionäre, konterrevolutionäre Kräfte.“

Gelang es somit der SED nachzuweisen, dass zu den Ursachen der Prager Ereignisse die Bundesrepublik mit ihrer neuen Ostpolitik beitrug, so musste dies zwangsläufig den sowjetischen Widerstand gegen die Politik der Bundesrepublik heraufbeschwören. Eine Konfrontation zwischen Moskau und Bonn konnte Ost-Berlin nur nützen. Diese Konstruktion eines direkten Zusammenhangs zwischen der "neuen Ostpolitik" der Bundesregierung und dem tschechoslowakischen Reformprozess gehört zu den spezifischen Beiträgen der SED-Politik zur Rechtfertigung der Intervention.

4. Das „Ausgraben der Toten“ und die Aufhebung der Zensur

Um das Machtmonopol der Partei ginge es für die SED auch bei zwei Maßnahmen in der ČSSR, auf die Ulbricht außerordentlich aggressiv reagierte: zum einen die öffentliche Rehabilitierung der Opfer der stalinistischen Repression in den fünfziger Jahren und zum anderen die Aufhebung der Zensur.

In der Tschechoslowakei gab es Anfang der fünfziger Jahre eine Vielzahl politischer Prozesse, sie richteten sich gegen Gegner des Regimes, trafen aber auch führende Nomenklaturkader der KPC selbst, wie den Generalsekretär Rudolf Slánský; unter seinen Mitangeklagten waren Eduard Goldstücker und die „slovakischen Nationalisten“, zu denen auch Gustav Husák zählte. Insgesamt wurden über 200.000 Personen in Haft genommen und 190 Todesurteile gefällt, von denen 148 vollstreckt wurden. Betroffen waren auch Kinder von verfolgten Eltern, indem man ihnen z.B. ein Studium verweigerte oder sie auf andere Weise drangsalierte. Mehr als zwei Millionen Menschen wurden in diesen Jahren in der Tschechoslowakei Opfer von Willkürakten. Gemessen an den Repressionen in der Sowjetunion, war diese Periode vergleichsweise kurz, trotzdem grub sie sich tief ins Bewusstsein der Bevölkerung ein. Der tschechische Historiker Václav Kural schreibt von einem „Stigma, von der sich die KPC nicht mehr befreien konnte“.

Das Thema Rehabilitierungen vor allem der kommunistischen Opfer dieser Repression berührte Ulbricht existenziell. Er, der seit den zwanziger Jahren alle Parteisäuberungen in der KPD und SED überlebt hatte, war an ihnen zugleich als Mitglied der Parteiführungen aktiv beteiligt gewesen. Das Problem der Rehabilitierung der deutschen Kommunisten, die die Lager überlebt hatten und 1956 aus dem sowjetischen Exil in die DDR zurückgekehrt waren, hatte die SED vergleichsweise elegant und ohne Öffentlichkeit gelöst. Sie wurden versorgt und zugleich zum Schweigen verdammt. Ulbricht wusste, der Umgang mit den kommunistischen Opfern des stalinistischen Terrors war für ihn ganz persönlich und für die Stabilität der SED eine Existenzfrage. Hatte er doch erlebt, dass er 1953 und 1956 als Protagonist des Stalinismus in der SED zum Rücktritt aufgefordert wurde, um die Entstalinisierung in der DDR zu beglaubigen. Seine Widersacher hatten nach 1956 diesen innerparteilichen Machtkampf verloren. Nun kehrte dieses Thema über Prag zurück, zumal die tschechoslowakische Parteiführung die

Rehabilitierungen nicht auf die Kommunisten beschränkte, sie bezogen die anderen Opfer der Repressalien ausdrücklich ein. Gegenüber dem tschechoslowakischen Botschafter in der DDR verknüpfte Ulbricht die Politik der Rehabilitierungen erneut mit dem innerdeutschen Systemvergleich in den Medien. Ulbricht: „Jeden Tag bekommt die Westpresse von Ihnen Material für den Kampf gegen das sozialistische Weltsystem. Warum müssen Sie die Toten ausgraben? Während in Westdeutschland die Jugendlichen mutig auftreten, vom Imperialismus geschlagen und getötet werden, liefern Sie das Material über den 'Terror der Kommunisten'.“

Die stufenweise Abschaffung der Zensur in der ČSSR sollte sich innenpolitisch als eine der folgenschwersten Entscheidungen erweisen. Einerseits waren die Reformer in der KPČ auf die Hilfe der Massenmedien angewiesen, andererseits öffneten sich die tschechoslowakischen Medien, vor allem und zuerst die Presse, auch anderen geistigen Strömungen. Nunmehr bekamen nicht nur Reformbefürworter und -gegner aus den Reihen der Partei, sondern auch Regime- und Systemkritiker eine öffentliche Tribüne. Für die Zensoren und Ideologen der SED war diese Entwicklung in der ČSSR nicht hinnehmbar. Die Aufhebung der Zensur berührte in ihren Augen eine der Grundlagen der Parteiherrschaft. Keine kommunistische Partei könne ungestraft die Macht und die Kontrolle über die Medien aus der Hand geben und wirkliche Pressefreiheit zulassen. Es war daher folgerichtig, dass die zuständigen ZK-Abteilungen der SED mit größter Aufmerksamkeit die Veränderungen in den tschechoslowakischen Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen registrierten. Die Wiederherstellung der Parteikontrolle über die Medien war eine der Hauptforderungen der SED an die KPČ, und sie wusste sich dabei einig mit der KPdSU und den anderen Staatsparteien. Die Kontrolle über die Massenmedien war eine Machtfrage. Die SED betrieb im Sommer 1968 Rundfunkpropaganda gegenüber der ČSSR. Am 19. Juli beschloss das Politbüro, tägliche Sendungen des Rundfunksenders Dresden in tschechischer und slowakischer Sprache zu organisieren. Mit diesen und weite-

ren, wenig später gefassten Parteibeschlüssen zur Rundfunkarbeit gegen die ČSSR praktizierte die SED eine Form der propagandistischen Einmischung, wie sie schon einmal vom Deutschen Reich gegen die Tschechoslowakei vor und während der „Sudetenkrise“ 1938 eingesetzt worden war, die mit dem Verlust der Souveränität der Tschechoslowakei im März 1939 geendet hatte.

5. Die SED überprüft die Kader der KPČ

Ein weiterer weithin unbekannter Beitrag der SED zum Gelingen der sowjetischen Intervention bestand in einer bis zur Öffnung der Akten nicht vorstellbaren Kaderüberprüfung der tschechoslowakischen Kommunisten. Den Auftakt zu diesem Unternehmen bildete die direkte Konfrontation zwischen der Dubček-Führung und Breschnew bei dem Treffen beider Parteien in Moskau Anfang Mai. Bei der Verhandlung mit der KPČ – Delegation beschuldigte die sowjetische Troika, bestehend aus Breschnew, dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Nikolaj Podgorny und Ministerpräsident Alexej Kossygin erneut ihre Gesprächspartner, in ihrem Land entfalte sich eine Konterrevolution – im Unterschied jedoch zu Ungarn 1956 auf leisen Sohlen. Während sich Dubček, gegen diesen Vorwurf wehrte, stimmte ihm der ZK-Sekretär Vasil Bilak zu. Der Kreml verlangte unerbittlich energische Gegenmaßnahmen: die KPČ müsse die Massenmedien fest in die Hand nehmen, konterrevolutionäre Organisationen und öffentliche Meetings verbieten. Mit der abweichenden Meinung von Bilak wurden der sowjetischen Führung die Differenzen innerhalb des Präsidiums der KPČ offen gelegt. Es war die Einladung an die KPdSU zu einer aktiven Differenzierungspolitik, um die so genannten „gesunden Kräfte“ in Prag und Pressburg zu stärken.

Der bilateralen Konferenz folgte nur einen Tag später das Treffen der Partei- und Staatschefs der künftigen Interventionsstaaten in Moskau. Das wichtigste Ergebnis dieser Beratung ohne die KPČ war die Übereinstimmung, dass die mi-

litärische Gewalt als die ultima Ratio der Politik den Tschechen in Gestalt der Manöver des Warschauer Paktes vor Augen geführt werden müsse. Der militärische Druck sollte mit einer gezielten Unterstützung der „gesunden Kräfte“ in der Führung der KPC kombinert werden. In diesem Sinne äußerte sich Ulbricht in Moskau, der ebenso wie Gomulka Dubček gegenüber skeptisch war. Die moskautreuen Kader Vasil Bilak und Drahomir Kolder wurden zu Hoffnungsträgern. Gezielt bemühte sich die sowjetische Führung auch um den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Ludvík Svoboda, der im Zweiten Weltkrieg als Kommandeur einer tschechoslowakischen Division an der Seite der sowjetischen Armee gekämpft hatte. Er enttäuschte die sowjetischen Freunde nach dem Einmarsch nicht, als er Dubček nutzte, um die Restauration einzuleiten, auch dieser Taktik stimmte Ulbricht am 24. August in Moskau zu.

Im Zusammenhang mit dieser Differenzierungspolitik standen die „Fünf“ vor dem Problem, dass die Reformer im Parteiapparat und der staatlichen Verwaltung der Tschechoslowakei bereits einen Personalwechsel durchgeführt hatten. Erich Mielkes berühmte Frage: „Wer ist wer?“ ließ sich nicht mehr eindeutig beantworten. Immer häufiger übernahmen Reformer die Schlüsselpositionen in Partei und Gesellschaft. Die sowjetische Politik bedurfte aber einer Antwort auf diese Frage. Eine Aufklärung dieser Kaderveränderungen durch die künftigen Interventionsparteien begann.

Die Beantwortung der Frage, wer in der ČSSR wer sei, organisierte die SED mittels einer umfangreichen Delegationstätigkeit im Frühjahr 1968; es fuhren Journalisten, Parteifunktionäre, Mitarbeiter des Staatsapparates und der Massenorganisationen. Auch das Reisebüro der DDR beteiligte sich neben dem MfS an diesen Aktivitäten. Auf diese Weise entstanden viele Berichte über tschechoslowakische Kollegen und Freunde, die im SED-Parteiapparat zu Dossiers über „Kader“ und „Feinde“ verarbeitet wurden. Wie diese Kooperationen zwischen den Kollaborateuren aus der KPC mit der SED oder der KPdSU im einzelnen funktionierte, gehört noch zu den Forschungsdesideraten. Sicher ist nur, dass bei

der Koordination der Aktivitäten die Botschaften der Sowjetunion und der DDR eine wichtige Rolle spielten.

6. Die Warschauer fünf und die Intervention

Erst die Weigerung der Dubček-Führung, dem äußeren Druck nachzugeben, und das Beharren auf dem Selbstbestimmungsrecht der KPČ und der ČSSR schuf eine Lage, in der die KPdSU gemeinsam mit der SED und den Parteiführungen Bulgariens, Polens und Ungarns die offene militärische Gewalt als Weg zur Krisenlösung wählte. Die „Gipfeldiplomatie“ der Parteiführungen der Staaten des Warschauer Vertrages, mit Ausnahme Rumäniens, war ein Novum in den Partei- und Staatsbeziehungen des Ostblocks. Breschnew wollte öffentlich nicht – wie in Ungarn 1956 – das Odium des Aggressors auf sich ziehen. Die Aktion war nach seinem Selbstverständnis eine kollektive Hilfe, um den Sozialismus in der ČSSR zu schützen. Um diese propagandistische Selbstdarstellung zu inszenieren, benötigte die KPdSU ihre Bruderparteien. Der Moskauer Entscheidungsprozess über die Intervention selbst unterstrich dann im Juli, dass über den Einsatz der sowjetischen Armee allein das sowjetische Politbüro entschied. Den definitiven Entschluss über die Besetzung der Tschechoslowakei fasste es am 17. August. Einer der in diesem Zusammenhang gefassten Beschlüsse bezog sich auf die Einladung der Generalsekretäre der bulgarischen, polnischen, ungarischen und ostdeutschen Partei für den 18. August nach Moskau. Breschnew informierte sie auf diesem geheimen Treffen auch über das Szenario der Machtergreifung der „gesunden Kräfte“ der KPČ. Sie sollten die Tagung des Präsidiums am 20. August in Prag nutzen, um eine endgültige Spaltung herbeizuführen und faktisch die Führung von Partei und Regierung zu übernehmen. Nach Übernahme der Kontrolle der elektronischen Medien sollten sie den Hilferuf an die „Bruderparteien“ veröffentlichen, damit der Einmarsch völkerrechtlich legitimiert wurde. Die Delegationen mussten sich verpflichten, über diese Zusammenkunft absolutes Stillschweigen zu wahren, und zugleich garantieren, dass ihre Parteien und

Staaten die Intervention unterstützten. Neben Ulbricht nahmen Ministerpräsident Willi Stoph, Hermann Axen, ZK-Sekretär für internationale Verbindungen, und Verteidigungsminister Heinz Hoffmann teil. Nach Rückkehr der SED-Delegation aus Moskau tagte das SED-Politbüro. Es beschloss einen Aufruf an alle Bürger der DDR, den das ZK der SED, der Staatsrat und der Ministerrat unterzeichneten, mit dem die Beteiligung der DDR an den Aktionen der Staaten des Warschauer Vertrages in der ČSSR bekannt gegeben wurde. Die Besetzung der ČSSR verlief reibungslos; das Präsidium der KPCĚ hatte die Armee angewiesen, keinen Widerstand zu leisten. Der bürokratische Putsch dagegen schlug gründlich fehl. Statt eines „Hilferufs“ beschloss die Mehrheit im Präsidium gegen Mitternacht des 20. August die Verurteilung dieser völkerrechtswidrigen Aktion. Der SED erhielt am 23. August eine sowjetische Bewertung dieses Versagens von Bilak, Indra und Kolder: „Der Lauf der Ereignisse zeigt, daß unsere Freunde es nicht vermochten, alle Möglichkeiten auszunutzen, die das Erscheinen unserer Truppen bot. Nicht durchgeführt wurde der Plan der Besetzung der Gebäude der Rundfunkstationen, des Fernsehens und Telegraphs durch die gesunden Kräfte, wodurch die Rechten die Möglichkeit erhielten, ihre Meldungen und provokatorischen Appelle weitgehend zu verbreiten.“ Ebenfalls mißlang die „Bildung einer revolutionären Führung“, zu der die „sowjetischen Vertreter“ geraten hatten. Fazit: „Der misslungene Versuch der gesunden Kräfte, rasch die Lage zu meistern, führte dazu, dass das Land faktisch ohne Regierung ist. Wir haben in den Städten Militärkommandanturen gebildet.“ In dieser Lage musste nun Breschnew einen Ausweg finden und diesen mit dem internierten Dubček verhandeln, der in Moskau plötzlich als Erster Sekretär der KPCĚ wieder auferstand.

7. Die Frage der Partei

Die SED verfolgte eine „marxistisch-leninistische“ Politik des uneingeschränkten Machtanspruchs des Parteiapparates in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Für die SED-Führung war dieses Parteiverständnis die Maxime für ihre Bewertung der Reformen in der ČSSR. Die nationalen Unterschiede zwischen der SED und der KPČ wurden ebenfalls deutlich. Während in der ČSSR demokratische Traditionen der tschechischen und slowakischen Arbeiterbewegung aus der Zeit der ersten Republik, des nationalen Widerstandskampfes und der kurzen Nachkriegszeit zwischen 1945 und 1948 bis in Führungskreise der Partei hinein fortlebten, waren in der SED zu diesem Zeitpunkt bereits alle sozialdemokratischen Traditionen ausgelöscht. Es herrschte uneingeschränkt das in den zwanziger Jahren geprägte stalinistische Partei- und Politikverständnis. Aus dieser Perspektive waren die tschechoslowakischen Reformen 1968 für Ulbricht, Breschnew und Gomulka eine Häresie; die KPČ war tatsächlich dabei, sich vom sowjetischen poststalinistischen Modell als der verbindlichen Ordnungsvorgabe für alle Länder des sozialistischen Lagers zu verabschieden. Ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war in Moskau die entscheidende Motivation für die Intervention. Gefahr war im Verzuge, sie drohte vom XIV. Parteitag der KPČ im September 1968. Dort sollte ein neues Statut verabschiedet werden, das die Möglichkeit zur weiteren „Sozialdemokratisierung“ der KPČ legalisieren würde. Voraussichtlich würden die „gesunden Kräfte“ aus dem Zentralkomitee abgewählt und durch Reformkommunisten ersetzt. Diese Entwicklung der KPČ galt es zu unterbinden.

Die Befürchtungen der Warschauer Fünf bestätigten sich; der XIV. Parteitag trat tatsächlich am 22. August illegal in Prag zusammen. Der Parteitag bezeichnete den Einmarsch als Verletzung der Souveränität der ČSSR, bestritt, dass es in dem Land eine „Konterrevolution“ gebe, verlangte die Freilassung der verhafteten Parteiführung und erhob als Hauptforderung den „Abzug der fremden Truppen“ aus dem Land. Die Delegierten wählten ein neues Zentralkomitee, bestätigten ausdrücklich die internierten Führer der Partei in ihren Funktionen und wähl-

ten die Funktionäre, die als Kollaborateure den Okkupationsstaaten zu Diensten waren, nicht in das Zentralkomitee. Der Parteitag forderte die unteren Parteigliederungen auf Direktiven nur von diesem neuen ZK entgegenzunehmen. Ausdrücklich wurde gewarnt: „rechnet damit, dass die Okkupanten versuchen werden, Verräter aus den Reihen einiger ehemaliger Funktionäre anzuwerben.“ Verbunden mit dem Generalstreik und dem passiven Widerstand der Tschechen scheiterte an dieser Entschlossenheit der Versuch, eine sogenannte „revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung“ zu bilden, wie es zwölf Jahre zuvor in Ungarn unter János Kádár gelungen war.

8. Sowjetische Truppenstationierung in der ČSSR

Neben der Restauration der kommunistischen Diktatur als dem politischen Hauptziel besaß die Intervention noch einen speziellen militärischen Hintergrund, wie die tschechische Forschung nachweist. Die Tschechoslowakei und die DDR bildeten die westlichen Nahtstellen zur NATO. Im Unterschied zur DDR waren in der Tschechoslowakei jedoch keine Streitkräfte der Sowjetunion stationiert, so dass die Verteidigungs- und Angriffseröffnung eines möglichen Krieges auf den Schultern der tschechoslowakischen Armee lag. Diese Situation erschien den sowjetischen Marschällen als Schwachstelle im Warschauer Pakt, deshalb hatte die sowjetische Militärführung schon in den frühen sechziger Jahren gegenüber Novotný darauf gedrängt, in der ČSSR sowjetische Divisionen zu stationieren und Lager für taktische Kernwaffen einzurichten. Dieser Druck, den man als Reaktion auf die Änderung der westlichen „Erstschlag“-Strategie interpretieren kann, nahm ständig zu. Zuerst lehnte Novotný diese Vorschläge ab, die ihm von Breschnew und dem KGB-Chef Juri Andropow schon im Jahre 1964 unterbreitet wurden. Der KPČ-Chef argumentierte, dass sowjetische Divisionen erst im Jahre 1968 nach entsprechender ideologisch-politischer Vorbereitung stationiert werden könnten. Eine Vereinbarung über die Errichtung von drei

Kernwaffenlagern wurde bereits 1965 unterzeichnet. Die politische „Krise“ um die Tschechoslowakei schuf somit für die sowjetischen Marschälle ein geeignetes Zusammenspiel politischer und militärischer Interessen, das ihnen ermöglichte, ihre Streitkräfte in Erfüllung eines politischen Zieles in die angestrebten Schlüsselpositionen zu entsenden, um sie dort dauerhaft zu stationieren.

9. Das Moskauer Diktat vom August 1968

Der zivile Widerstand der Tschechen und Slowaken gegen die Okkupation und die Einsetzung einer Kollaborationsregierung verwandelten den leichten militärischen Sieg für die Interventionsstaaten in eine politische Niederlage. Die sowjetische Führung sah sich gezwungen, die von ihren Spezialtruppen festgesetzten Reformer um Dubček wieder als Führung der KPČ zu behandeln und mit ihnen den Ausweg aus dem politischen Desaster zu suchen. Vor der tschechoslowakischen Führung wiederum stand die drohende Gefahr, dass die Sowjetunion in ihrem Land eine Militäradministration etablierte. So berichtete der russische Historiker Michael Voslenskij, dass im sowjetischen Außenministerium am 23. August auf Verlangen von Breschnew das „Memorandum über die Struktur der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)“ gesucht wurde. Vom 23. bis 26. August wurde verhandelt, dann unterzeichneten Dubček und die anderen Mitglieder der tschechoslowakischen Delegation das Moskauer Diktat. Es legalisierte den Truppeneinmarsch und annullierte den XIV. Parteitag der KPČ. Er habe unter „Verletzung der Parteistatuten“ und unter „Abwesenheit der Mitglieder des Präsidiums, des Sekretariats, der Sekretäre des ZK der KPČ“ stattgefunden - die die Sowjets selbst interniert hatten. Statt des Parteitags, dem die Dubček-Führung ihre Freilassung und, wenn man an die ungarische Parallele von 1956 denkt, womöglich ihr Leben verdankt sollte „nach Normalisierung der Lage in der Partei und im Land“ ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden. Er fand 1970 statt und bestätigte die Führung von Gustav Husák, der die

Partei rigoros von den Reformern des Jahres 1968 säuberte. Die KPCĚ verpflichtete sich zu einem Kurs der „Normalisierung“ der Lage und der „Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei“. Die Medien wurden wieder der Zensur und der Kontrolle durch den Parteiapparat unterworfen. Der Fernsehdirektor Jiří Pelikán wurde ebenso abgesetzt wie sein Kollege vom Rundfunk, Zdeněk Hejzlar, der zu den Opfern der Repression der fünfziger Jahre gehörte. Die sowjetische Führung versprach, einen „etappenweise[n] Abzug der Truppen der Verbündeten“ aus der Tschechoslowakei. Der tschechoslowakische Außenminister Jiří Hájek hatte die „tschechoslowakische Frage“ vor den UN-Sicherheitsrat gebracht. Moskau bestand darauf, dass die Prager Regierung diesen Schritt sofort rückgängig machte. Ebenso verlangte die sowjetische Seite, dass die „gesunden Kräfte“ nicht aus ihren Funktionen in der Parteiführung und dem Staatsapparat entfernt werden dürften. Beide Seiten waren sich einig, dass der Inhalt der Gespräche und sogar der Vertrag „streng geheim“ seien.

Am 26. August unterschrieb die tschechoslowakische Delegation, in ihrer Mehrheit schon moskautreue Funktionäre, die Vereinbarung. Einer aber, dessen Beteiligung an den Verhandlungen das sowjetische Politbüro von vorneherein verhindert hatte, František Kriegel, verweigerte seine Unterschrift. Zdenek Mlynář, damals ZK-Sekretär schildert als Augenzeuge, was dann geschah. Alle versuchten ihn zu überreden, die Vereinbarung zu unterschreiben. „Ich erinnere mich, wie Kriegel sagte: ‚Was können sie mit mir machen? Entweder schicken sie mich nach Sibirien oder sie erschießen mich, und deshalb werde ich doch nicht unterschreiben.‘ Er machte auch überhaupt nicht den Eindruck eines Politikers: in diesem Moment war er einfach ein Mensch, den Räuber mit dem Tod bedrohen und als Lösegeld forderten sie nicht Geld, sondern seine Ehre, seine Kinder oder seine Frau. Und dieser Mensch sagte Nein – dann erschlagt mich eben! Ich glaube, daß Kriegel, der auch die vergangenen drei Tage als Gefangener in der

Isolation gehalten worden war, bereits zu dem Schluß gekommen war, dass er zum Tode verurteilt sei und sich damit abgefunden hatte.“ Mlynář fügt rückblickend aus dem Wiener Exil hinzu: „Wie die spätere Entwicklung zeigen sollte, war diese Haltung der damaligen Situation viel angemessener als unsere: Wir waren nämlich tatsächlich eher in der Situation von Menschen, die von Gangstern erpresst werden, aber wir hielten die Illusion aufrecht, als ob wir als Politiker mit anderen Politikern über politische Probleme verhandelten.“ Diese illusionäre Haltung über die ernsthaften Absichten des sowjetischen Politbüros, mit den Reformkräften in der Tschechoslowakei einen Kompromiss zu suchen, wurzelte für Mlynář in den eigenen Wünschen und vor allem im eigenen Glauben: „Im Grunde waren wir immer noch Kommunisten, wenn auch Reformkommunisten.“

Benutze Literatur

1. Prieß, Lutz/ Kural, Václav/ Wilke, Manfred (Hrsg.):

Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, Akademie-Verlag, Berlin 1996

2. Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes, Edition Temmen, Bremen 1995

3. Wilke, Manfred: Politik gegen den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ – die SED in der Interventionskoalition, in:

Beitragsband:

Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan Günter Bischof – Viktor Iščenko – Michail Prozumenščikov – Peter Ruggenthaler – Oldřich Tůma – Manfred Wilke (Hg.): „Prager Frühling 1968. Das internationale Krisenjahr, Wien-Köln 2008.

Dokumentenband:

Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan

Viktor Iščenko – Michail Prozumenščikov – Peter Ruggenthaler – Oldřich

Tůma – Manfred Wilke (Hg.): „Prager Frühling 1968. Das internationale Krisenjahr, Wien-Köln 2008.

Voraussichtlicher Erscheinungstermin für beide Bände, die im Böhlau Verlag erscheinen ist Juli 2008.